

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Alfred de Zayas

06.12.2021

UNO muss inklusiven Gipfel für Demokratie einberufen

Quellen: Rebellion

Der Zustand des Zerfalls der Demokratie im Weltmaßstab.

Niemand wird leugnen, dass die Demokratie ein universeller Wert ist, der auf dem frei zum Ausdruck gebrachten Willen der Menschen beruht, ihre eigenen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Systeme und ihre volle Teilhabe an allen Aspekten ihres Lebens zu bestimmen.

Mit der Zusammenarbeit aller Mitgliedstaaten können die Vereinten Nationen die Demokratie auf nationaler und internationaler Ebene voranbringen, um die universellen Bestrebungen nach Frieden und Gerechtigkeit in gutem Glauben und mit größerer Freiheit zu verwirklichen. Es ist an der Zeit, dass die Vereinten Nationen die Initiative ergreifen, um einen wirklich inklusiven Demokratiegipfel einzuberufen, eine Konferenz, die in Übereinstimmung mit Kapitel VI der UN-Charta die gleichberechtigte Teilnahme aller UN-Mitgliedstaaten, Beobachterstaaten, indigenen Völker, unter Besatzung lebenden Menschen sicherstellt. nicht selbstverwaltete Völker und Zivilgesellschaft.

Die Initiative von US-Präsident Joe Biden, nur einige Länder und Regionen und nicht andere zu seinem "privaten Demokratiegipfel" einzuladen, ist eine Rückkehr zu den überholten Paradigmen des Kalten Krieges und spiegelt eine Regression moderner Vorstellungen vom Multilateralismus wider. Es ist klar, dass eine solche Konferenz nicht

dem Frieden und der Gerechtigkeit dienen kann, da sie Milliarden von Menschen ausschließt. Weit davon entfernt, eine Übung in Demokratie zu sein, teilt der US-Gipfel die Welt künstlich in zwei Lager: Länder, die die USA einseitig als "demokratisch" betrachten, und solche, die als undemokratisch gebrandmarkt werden. Ist das nicht der klassische imperiale Narzissmus? Die Vereinigten Staaten sind ein schlechtes Beispiel, und alle an diesem System beteiligten Parteien sind mitschuldig an der Zerstörung der Demokratie.

Wenn wir uns ansehen, wie das US-Außenministerium den Begriff "Demokratie" verwendet, wird deutlich, dass er nicht dem Selbstbestimmungsrecht der Völker entspricht und die Vielfalt der Ansätze, die die reale Welt, die UN-Charta und die UNESCO-Verfassung charakterisieren, nicht respektiert.

Die Vereinigten Staaten definieren den Begriff "Demokratie" willkürlich neu und lassen ihn mit dem neoliberalen Wirtschaftsmodell, also mit dem Kapitalismus, übereinstimmen. Aber im Ergebnis des Weltgipfels 2005, das von der Generalversammlung einstimmig angenommen wurde, war sich die Welt einig, "dass Demokratien zwar gemeinsame Merkmale aufweisen, es aber kein einheitliches Demokratiemodell gibt, das keinem Land oder keiner Region gehört (Resolution 60/1)".

Bidens begrenztes Verständnis der Idee der Demokratie scheint die wahre Bedeutung nicht zu berücksichtigen: Macht des Volkes, Regierung durch und für das Volk, nicht durch eine Oligarchie. Biden scheint zu denken, dass die Insignien der "repräsentativen" Demokratie ausreichen. Aber repräsentieren Senatoren und Kongressabgeordnete wirklich die Wählerschaft, oder reagieren sie auf mächtige Lobbyisten wie die Pharmaindustrie und den militärisch-industriell-finanziellen Komplex?

Biden täte gut daran, hinter den Schleier zu schauen und die ontologischen Fragen aufzuwerfen: Hat die Wählerschaft Zugang zu allen Informationen, die für ein Amtsenthebungsverfahren notwendig sind, wird sie zu den Themen konsultiert, haben die Wähler echte Optionen oder nur die Möglichkeit, für Kandidaten zu stimmen, die sich nicht für ihre Themen interessieren, und in welchem Umfang?

Viele der Gäste bei Bidens egozentrischer Partei kommen aus Ländern, in denen es eine signifikante "Trennung" zwischen Regierung und Regierten gibt. Es stimmt, dass viele dieser Länder und Regionen alle zwei bis vier Jahre Pro-forma-Wahlen abhalten, aber die Menschen haben sehr wenig Einfluss auf die Nominierung von Kandidaten, die oft von Parteimaschinen oder manipulierten "Vorwahlen" auferlegt werden.

Para evaluar la realidad de la democracia entre los participantes en la Cumbre de Biden, me atrevo a sugerir las siguientes preguntas:

¿Los ciudadanos quieren la paz mundial o están dispuestos a arriesgarse a otra guerra mundial por seguir provocando a otros Estados?

¿Los ciudadanos quieren cooperar con todas las naciones o prefieren la confrontación?

¿Aprueban los ciudadanos el despilfarro de billones de dólares en presupuestos militares extravagantes, o prefieren que los ingresos fiscales se destinen a la sanidad, la educación y las infraestructuras?

¿Aprueban los ciudadanos el uso continuado de drones y de armas de uranio empobrecido que matan a decenas de miles de civiles?

¿Aprueban los ciudadanos la continua persecución de Julian Assange y Edward Snowden mientras los soldados y funcionarios de la OTAN gozan de impunidad por crímenes de guerra y de lesa humanidad?

¿Aprueban los ciudadanos la imposición de medidas coercitivas unilaterales a Cuba, Siria, Venezuela, cuando estas sanciones ya han matado a decenas de miles de inocentes?

¿Aprueban los ciudadanos la legislación gubernamental que crea y protege los paraísos fiscales?

Sabemos que, si se les diera a elegir, la mayoría de los ciudadanos nunca aprobarían tales inhumanidades. Precisamente por eso nunca se les consulta. Sabemos por experiencia que la voluntad del pueblo ha sido anulada por los dirigentes «democráticos» de Italia, España y el Reino Unido, que ignoraron las voces de los millones de personas que se manifestaron

en Roma, Milán, Madrid, Barcelona, Londres y Manchester contra la ilegal agresión dirigida por Estados Unidos contra Iraq en 2003.

También sabemos que la esencia de la democracia es la participación pública, que requiere una pluralidad de fuentes de información, no un panorama mediático aprobado que simplemente refleje las opiniones de los gobiernos y las empresas.

En muchos países occidentales «democráticos», los medios de comunicación están en gran parte en manos privadas, demasiado pocas. A menudo, los medios de comunicación están controlados por conglomerados que escuchan a las empresas y a los anunciantes, que determinan el contenido de las noticias y otros programas, difundiendo con frecuencia noticias falsas o suprimiendo información crucial necesaria para el discurso democrático.

In der Tat ist die Blockade der Medien in wichtigen Fragen ein ernstes Hindernis für die Demokratie, denn ohne ausreichende Informationen und ohne freie und pluralistische Medien ist die Demokratie dysfunktional und der politische Prozess, einschließlich der Wahlen, wird zu einer bloßen Formalität, nicht zu einem Ausdruck des Willens des Volkes.

UN-Generalsekretär Antonio Guterres und die UN-Generalversammlung haben die Verantwortung, eine Sache beim Namen zu nennen und Bidens "Gipfel" als unvereinbar mit dem Buchstaben und dem Geist des Ergebnisses des UN-Weltgipfels 2005 zu bezeichnen.

Alfred de Zayas ist Professor für Völkerrecht an der Genfer Diplomatischen Schule und war unabhängiger Experte der Vereinten Nationen für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung.

Als Ergänzung zum gleichen Thema:

<https://jussemper.org/Inicio/Recursos/Democracia%20Mejores%20Practicas/Resources/A%20Teitelbaum-DescomposicionDemoRep.pdf>

Rebellion hat diesen Artikel mit Erlaubnis des Autors unter einer [Creative Commons-Lizenz](#) veröffentlicht und respektiert dabei seine Freiheit, ihn in anderen Quellen zu veröffentlichen.

Rebellion 04.12.2021